



Interpellation „Alternative Energien“

Alfred Zahner (FLiG) reichte am 5. Mai 2008 mit 18 Mitunterzeichnenden die Interpellation „Alternative Energien“ ein (siehe Beilage). Der Stadtrat beantwortet diese wie folgt:

Frage 1

Wie sehen die oben erwähnte Strategie sowie die konkreten Massnahmen und Aktivitäten aus, um die Förderung von alternativen Energieträgern voranzutreiben und damit den CO₂ – Ausstoss in der Stadt zu senken?

Antwort des Stadtrates

Der Stadtrat hat im September 2005 die Strategie der Stadtwerke definiert und darin nebst Anderem auch die verschiedenen Geschäftsfelder bezeichnet. Neben der Grundversorgung mit Elektrizität und Trinkwasser haben die Stadtwerke die Kunden vermehrt mit Erdgas und bei Bedarf neu auch mit Wärme zu versorgen. Zu diesem Zweck sollen Planung, Bau, Betrieb und Unterhalt der erforderlichen Netze und allfälliger Produktionsanlagen sichergestellt werden. Ausserdem haben die Stadtwerke Massnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien zu unterstützen und die lokale und dezentrale Energieerzeugung mit erneuerbaren Energien aktiv zu verfolgen. Im Bereich Entsorgung soll die energetische Nutzung von Abfällen aus privaten und öffentlichen Haushalten für die Elektrizitäts- und Wärmeversorgung vorangetrieben und die dabei erzeugte Energie möglichst lokal eingesetzt werden.

Nach Erlass der Strategie der Stadtwerke galt es, allem voran die anspruchsvolle, komplexe und auch zeitintensive Grundlagen- und Reorganisationsarbeit zu leisten, damit die Stadtwerke für den nunmehr per 1. Januar 2009 Wirklichkeit werdenden (teil-)liberalisierten Strommarkt gerüstet sind. In Auftrag gegeben wurde auch die Ausarbeitung eines Energiekonzeptes. Denn eine kommunale Energiepolitik vermag den Ansprüchen der Nachhaltigkeit nur gerecht zu werden, wenn die Ausgangslage und das im Raum vorhandene Energiepotential bekannt sind und darauf aufbauend Ziele und Massnahmen definiert werden. Diese Grundlagenarbeit war erst noch zu leisten. Anstelle eines Alleinganges entschied der Stadtrat, diese Arbeit koordiniert mit der Stadt St.Gallen und der Gemeinde Gaiserswald anzugehen und dabei den Energieraum St.Gallen-Gossau-Gaiserswald zugrunde zu legen. Es darf davon ausgegangen werden, dass das so erarbeitete Energiekonzept noch im laufenden Jahr abgeschlossen werden kann. Weitgehend abgeschlossen sind die planerischen Vorarbeiten für die Erstellung eines Holzkraftwerkes im Raum Erlenhof. Sodann wurden die breit gefächerten Aspekte der Abfallwirtschaft auf dem Gebiet der Stadt Gossau analysiert. Dabei ist die Biomasse als wichtiges künftiges Handlungsfeld erkannt worden. Der Stadtrat will diesen Teilaspekt im Rahmen des Energiekonzeptes weiter bearbeiten lassen. Ausserdem steht fest, dass die Feldrandkompostierung im Espel aus umweltschutzrechtlichen Gründen aufgegeben werden muss. Die heute anfallende Biomasse aus der Grünabfuhr wird ab 2009 der Biogasproduktion zugeführt.

Frage 2

Ist der Stadtrat bereit, dem Parlament die Schaffung eines Energiefonds vorzuschlagen?

Antwort des Stadtrates

Die Schaffung eines Energiefonds wird Bestandteil des Massnahmenkataloges sein, der aus dem Energiekonzept resultiert. Die Bereitstellung eines Energiefonds erfordert ein Reglement, das die Modalitäten zur Äufnung und Verwendung zweckgebundener Finanzmittel umschreibt. Ein solches Reglement ist vom Stadtparlament zu erlassen. Es untersteht dem fakultativen Referendum. Der Stadtrat will eine entsprechende, sehr stark an die revidierte Fassung der Stadt St.Gallen angelehnte und auf die Intentionen der Gemeinde Gaiserswald abgestimmte Vorlage noch im laufenden Jahr verabschieden.

Frage 3

Ist der Stadtrat bereit, konkrete Planungen für die Platzierung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden (neues Feuerwehrdepot, Rosenau, Hallenbad, Fürstenlandsaal...) in Angriff zu nehmen und dem Parlament für das Budget 2009 eine diesbezügliche Vorlage zu unterbreiten?

Antwort des Stadtrates

Bezüglich Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden sind erste Schritte eingeleitet. Das Hochbauamt prüft derzeit die Machbarkeit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Rathauses sowie für das OZ Buechenwald. Die dafür voraussichtlich notwendigen Finanzmittel werden ins Investitionsbudget 2009 der Stadtwerke eingestellt. In gleicher Weise wird durch das Hochbauamt bei der Projektierung des neuen Feuerwehrdepots die Erstellung einer Photovoltaikanlagen geprüft. Die dafür notwendigen Mittel sind im Finanzplan 2009-2013 der Stadtwerke eingestellt. Und schliesslich werden seitens des Hochbauamtes auch die übrigen stadt eigenen Liegenschaften mit günstigen Voraussetzungen für Photovoltaik-Anlagen – so mitunter das Hallenbad und der Fürstenlandsaal - erfasst und beurteilt.

Frage 4

Wie weit ist der Stadtrat bereit, auch private Initiativen für alternative Energien und damit zur CO₂-Reduktion zu fördern und zu unterstützen?

Antwort des Stadtrates

Eine fachtechnische Unterstützung, soweit sie von Grundeigentümern und Investoren nachgesucht und von der städtischen Energieberatungsstelle auch geleistet werden kann, ist bereits heute sichergestellt. Eine finanzielle Unterstützung von privaten Initiativen für den Einsatz alternativer Energien ist mangels hinreichender rechtlicher Grundlagen derzeit aber nicht möglich (siehe auch Antwort auf Frage 2). Im Übrigen ist es dem Stadtrat ein Anliegen, dass die energiepolitischen Anstrengungen der Stadt Gossau mit den Gemeinden St.Gallen und Gaiserwald abgestimmt sind und im Einklang stehen mit der Stossrichtung der nationalen und kantonalen Energiepolitik. Davon verspricht sich der Stadtrat eine Einbettung und Nachhaltigkeit der lokalen Bemühungen.

Frage 5

Wie weit ist die 2005 für das Jahr 2006 versprochene Inventarisierung von Standorten für die Wärmerückgewinnung?

Antwort des Stadtrates

Eine Grobbeurteilung möglicher Standorte für die Wärmerückgewinnung wurde bereits im Jahre 2006 vorgenommen. Dabei zeigte sich, dass sich auf dem Gebiet der Stadt Gossau keine lohnenswerten Standorte / Objekte für Wärmerückgewinnungsanlagen befinden. Angesichts dieser Grobbeurteilung wurde auf eine umfassende und detaillierte Inventarisierung verzichtet und die Idee vorerst sistiert. Die Erarbeitung des vorerwähnten Energiekonzeptes bietet nun die Gelegenheit, die damaligen Erkenntnisse zu verifizieren und auch in dieser Frage den Fokus auf den Energieraum St.Gallen-Gossau-Gaiserwald auszudehnen.

Stadtrat**Beilage**

Interpellation